



**SÜDOSTEUROPA-  
GESELLSCHAFT**

in Kooperation mit



**Europäische Kommission**  
Vertretung in Deutschland

**Globale Finanz- und Wirtschaftskrise:  
Herausforderungen und Problembewältigung  
in Südosteuropa**

Berlin, 2. / 3. November 2009

**Wirtschaftskrise  
und innenpolitische Folgeerscheinungen**

**Dr. Marc Meinardus**

*Vortragstext*

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir haben seit gestern Abend nun die Probleme und Herausforderungen, die die globale Finanz- und Wirtschaftskrise an die Länder Südosteuropas stellt, von verschiedenen Seiten beleuchtet, von der primär wirtschafts- und finanzpolitischen, mit Blick auf die „realen“ Auswirkungen auf die Unternehmen und auch auf die Menschen. Zu allen diesen Blickwinkeln haben wir fundierte Argumente gehört, die sich mit messbaren Daten wissenschaftlich substantiiert belegen lassen. Auch wenn es

bei den Interpretationen der Daten und besonders mit Blick auf die Empfehlungen zur Problembewältigung naturgemäß deutliche Unterschiede gibt.

Als letzter „Scheinwerfer“ (vor der Podiumsdiskussion) auf unser Thema soll ich nun die innenpolitischen Folgeerscheinungen der Krise beleuchten. Und damit verlassen wir etwas den empirisch, statistisch, wissenschaftlich exakten Boden und müssen uns zumindest in der Interpretation in die eher gefühlte, vermutete, subjektiv wahrgenommene Sphäre der Politikprognostik begeben. Da ich als Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung die Region aus der Perspektive und Erfahrung des Demokratieförderers und der politischen Bildungsarbeit etwas, Bulgarien sogar recht gut kenne, und weil ich am Ende meiner Anfang des Jahres geschriebenen Analyse der Krise und ihrer Wirkungen auf Bulgarien auch einige Prognosen über die innenpolitischen Implikationen geschrieben habe, hat die SOG mich gebeten, über dieses Thema hier und heute etwas mehr zu sinnieren. Ich werde im Folgenden zwar auch ein paar Fakten und Daten heranziehen, mich aber doch weitgehend auf meine praktischen Kenntnisse und Erfahrungen, vor allem in Bulgarien stützen.

Ich will die vier Spiegelpunkte, die die Veranstalter zu dem Thema in das Programm geschrieben haben und die so etwas wie meine „Terms of Reference“ sind, als Ausgangspunkt nehmen. Denn diese Stichworte, selber aus vermutlich intuitivem Verständnis des Themas formuliert, geben m.E. genau die Hypothesen wieder, die in der westeuropäischen, sowohl der akademischen, als auch der politischen Debatte, implizit immer wieder unterstellt sind. Provokant ausformuliert würden sie etwa so lauten:

1. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die realwirtschaftliche und soziale Situation in den Ländern der Region führen zu einer Stärkung bzw. Formierung populistischer Parteien und deren Führer, es kommt zu einer Ausdifferenzierung des Parteienspektrums und einer Radikalisierung sowohl am rechten wie auch am linken Rand.
2. Daraus resultiert bei den Wahlergebnissen ein signifikanter Anstieg radikaler und populistischer Parteien, ihr Einfluss auf Politikgestaltung wächst, die jungen Demokratien in Südosteuropa drohen zu versagen, in autoritäre und antidemokratische Machtstrukturen zurückzufallen (Stichwort: „Failing Democracies“) – und damit auch das europäische Demokratie-Projekt zu gefährden.

3. Ethnische und religiöse Minderheiten werden von eben diesen populistischen und radikalen Kräften gerade in der Krise verstärkt als Feindbilder instrumentalisiert, diffamiert als soziale Gruppen, die dem Staat „auf der Tasche liegen“ und den anständigen Bürger nur belasten bzw. dargestellt als geschlossene Klientel, die sich gegen die Interessen des Gemeinwohls richten.
4. Die Krise führt zu einem Abschottungsreflex in der Politik, zu einer Tendenz, die Lösung der Probleme in der Wahrung der eigenen, nationalen und partikularen Interessen zu suchen, protektionistische Ausgrenzung von externer Konkurrenz als geeignetes Instrument zu sehen und sich konsequenterweise zunehmend kritisch gegenüber wirtschaftlichen und politischen Integrationsprojekten wie EU, NATO, aber auch gegenüber einer stärkeren regionalen Kooperation zu artikulieren.

Um es kurz zu machen, ich halte diese Thesen für übertrieben und weitgehend auch empirisch nicht fundiert.

Ad 1.: Es hat zwar – und jetzt beziehe ich mich zunächst auf Bulgarien – vor den Wahlen 2009 (Europawahlen und nationale Parlamentswahlen) eine Reihe von neuen Parteien oder Abspaltungen von existierenden gegeben (z.B. neu: LIDER, Abspaltung: BND), aber dies waren keine radikalen rechten oder linken, keine speziell populistischen Parteien, sondern LIDER eine „Business-Partei“ und BND eine Abspaltung der liberalen NDSV. Das vielfach mit schrillen Warntönen postulierte Wachstum des „Populismus“ in SOE scheint mir häufig reichlich scheinheilig, denn auch unsere „Mainstream“-Parteien in Deutschland und Europa werden in ihrer Kommunikation mit den Bürgern immer „populistischer“. Und ein „neuer starker Mann“ wie Boiko Borissov in Bulgarien, der mit seiner EVP-Mitgliedspartei GERB die letzten Wahlen haushoch gewonnen hat und sich derzeit als Ministerpräsident versucht, redet zwar immer sehr einfach und „volksnah“, ist in meinen Augen aber nicht populistisch, sondern schlicht (noch) sehr populär.

Ad 2.: Die letzten Wahlen in diesem Jahr in MOE und SOE, sowohl die Wahlen zum Europaparlament der SOE-Mitgliedstaaten als auch die nationalen Wahlen in Kroatien (Kommunalwahlen), Albanien (Parlamentswahlen), Mazedonien (Präsidentschafts- und Kommunalwahlen), Griechenland (Parlamentswahlen) und

Bulgarien (s.o.), lassen keinen deutlichen Gewinn rechtsextremer Parteien erkennen. Zwar ist bei den Europawahlen insgesamt ein „Trend nach rechts“ zu verzeichnen, haben in Großbritannien, den Niederlanden und Belgien extrem rechte Parteien zugelegt, insgesamt nimmt deren Gewicht aber nicht zu. Der Pendel schwingt eher von „Mitte-Links“ nach „Mitte-Rechts“. Die einzige wirklich signifikante Ausnahme ist Ungarn, wo „Jobbik“ bei den EU-Wahlen nahezu 15% erhielt. 1% für die tschechische rechtsextreme „Arbeiterpartei“, das Widererstarken der „Großrumänischen Partei“ (7,2%) lassen dort keinen dramatischen Trend zu rechtsradikalen Parteien erkennen. In Bulgarien erwiesen sich Befürchtungen, dass die Krise zu einem Zuwachs der rechts-nationalen Ataka führen würde<sup>1</sup>, als überzogen, die Partei stagnierte auf dem bisherigen Niveau von – immerhin - ca. 10%<sup>2</sup>. Interessanterweise gibt es überhaupt keine Indizien für linksextreme „Krisengewinnler“ in der Region. Das Beispiel Bulgarien verweist eher auf eine Konsolidierung der Parteienlandschaft als auf eine Ausdifferenzierung.

Kurzum: Ich halte Analysen, die ein „Rechtsaußen auf dem Vormarsch“<sup>3</sup> oder „Krisenprofiteure von Rechtsaußen“<sup>4</sup> proklamieren, für die Region SOE schlicht unbegründet und mit dem Beispiel Ungarn als dem einzigen wirklich signifikanten „Neueinstieg“ auch für MOE für überzogen. Mit dieser Meinung stehe ich übrigens nicht alleine da, auch andere Autoren halten wenig von derartigen „Doomsday“-Szenarien, sehen für die politischen Auswirkungen der Krise für die Europäische Union eher ein „Rebound“ als ein „Break-Up“ kommen<sup>5</sup>. Die politische Entwicklung, die Formierung der Parteienlandschaft ist m.E. ein Prozess, der weitgehend so auch ohne die Krise stattgefunden hätte, bzw. weitergehen wird.

Ad 3.: Auch im Bezug auf ethnische und religiöse Minderheiten und für die These, dass diese besonders unter der Krise zu leiden hätten, noch verstärkt zur Zielscheibe radikaler politischer Parteien würden, kann ich zumindest für SOE keinen starken empirischen Beleg erkennen. Die Fälle in Ungarn und Tsche-

---

<sup>1</sup> Vgl. Marc Meinardus, Bulgarien und die globale Krise, in: Südosteuropa Mitteilungen 02/2009, S. 20.

<sup>2</sup> Mehr zu den Wahlen vgl. Michael Hein, Europa- und Parlamentswahlen 2009 in Bulgarien, in: Südosteuropa Mitteilungen 05/2009.

<sup>3</sup> Vgl. Carsten Hübner, Rechtsaußen auf dem Vormarsch, <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/eu-wahl.html>.

<sup>4</sup> Vgl. Tomasz Konicz, Krisenprofiteure von Rechtsaußen, <http://www.konicz.info/?p=739>.

<sup>5</sup> Vgl. Justin Vaisse, A Rebound, not a Break-up: The political Implications of the Economic Crisis for the European Union, CUSE, May 2009, [http://www.brookings.edu/papers/2009/0520\\_europe\\_vaisse.aspx](http://www.brookings.edu/papers/2009/0520_europe_vaisse.aspx).

chien scheinen da anders zu liegen<sup>6</sup>. In Bulgarien behält Ataka zwar den nationalistischen Diskurs bei, veranstaltet große Demonstrationen zum Gedenken an das Leid der Bulgaren unter dem 500-jährigen „Türkischen Joch“, gleichzeitig hat der Parteiführer Volen Siderov einen bewusst nicht-konfrontativen, fast schon „gemäßigt konservativen“ Ton in seinen Reden. Er will ganz klar in den Mainstream, will sich und seine Partei koalitions- und regierungsfähig machen. Mir ist auch kein Beispiel bekannt, dass in anderen Ländern der Region derartige innenpolitische Auswirkungen feststellbar wären. Dass Minderheiten wie die Roma, die ohnehin schon am untersten Ende der sozialen Pyramide stehen, noch immer am tiefsten in Armut und Elend verharren, nun besonders die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise zu spüren bekommen, das ist unbestritten, hat aber eher sozio-ökonomische Gründe als ethnische<sup>7</sup>.

Aus ganz anderer Perspektive zu innenpolitischen Auswirkungen kurz eine pikante Anekdote: Die Krise hat in Spanien dazu geführt, dass massiv die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter ihre Jobs verloren. Dies betraf insbesondere auch mehrere Tausend Roma aus Bulgarien, die nun ohne Arbeit und Einkommen nach Bulgarien zurückkehren mussten. Die Partei des ehemaligen Zaren und ebenso ehemaligen Ministerpräsidenten Simeon Sakschoburggotski, NDSV ist dafür bekannt, dass sie insbesondere in der Roma-Bevölkerung massiv Stimmen kauft. Es wurde deshalb ein indirekter „Krisen-Gewinn“ für NDSV bei den Wahlen erwartet. Zwar gab es Berichte über massive Stimmenkäufe, aber genutzt hat es dem Zaren letztlich auch nichts.<sup>8</sup>

Ad 4.: Die globale Krise ließ bei den meisten Wirtschaftswissenschaftlern, in erster Linie natürlich den marktliberalen Vertretern, reflexartig den warnenden Finger emporschnellen: „wehret den protektionistischen Tendenzen“. In der Tat ließen bekanntlich die ersten Reaktionen in USA, Frankreich aber auch in Deutschland eine solche Tendenz befürchten. Letztlich kam es nicht dazu. In den Ländern MOEs und SOEs war die Reaktion eher genau umgekehrt. Statt

---

<sup>6</sup> Vgl. dazu Tomasz Koniecz, Rassismus und Rechtsextremismus gedeihen in Osteuropa, <http://www.aktionbleiberecht.de/?p=403>, Ivana Kottasova, Jobbiks Kreuzzug gegen die Roma, <http://presseurop.eu/de/content/article/28161-jobbiks-kreuzzug-gegen-die-roma>.

<sup>7</sup> Vgl. dazu u.a. Jan Cienski, Thomas Esc, Roma in der Rezession, <http://presseurop.eu/de/content/article/73491-roma-der-rezession>, Ilona Tomova, The Roma in Bulgaria: Employment and Education, in: Südosteuropa Mitteilungen 02/2009.

<sup>8</sup> Zur Praxis des Stimmenkaufs und der „kontrollierten Stimmabgabe“ bei den letzten Wahlen in Bulgarien vgl. den Bericht der „Civil Society Coalition for Free and Democratic Vote“, <http://www.transparency-bg.org/?magic=0.4.0.1.61>.

einem Anstieg von abschottenden und euroskeptischen Tendenzen war hier vielmehr ein „gerade jetzt brauchen wir die EU“ zu spüren. Auch die Anwärter auf dem westlichen Balkan sahen sich durch die Krise eher noch bestärkt in ihren Bemühungen, so bald wie möglich Mitglieder des Clubs zu werden. Entsprechend hatten EU-skeptische Politiker und Parteien eben keinen Zulauf (s.o.). Die Nato-Mitgliedschaft spielt in dieser Hinsicht weniger eine Rolle, wird aber natürlich als „Tür in den Vorhof“ weiterhin angestrebt. Die Finanzkrise hat in den meisten Ländern den realen Wirtschaftssektor schwer getroffen, hat Finanzierungsmöglichkeiten ausgetrocknet und ausländische Investitionen absacken lassen. Wem keine andere Wahl blieb, der musste sich Verhandlungen und Abkommen mit dem IWF unterwerfen – und dafür seiner Bevölkerung die bekannt hohen sozialen Kosten zumuten. Für Länder wie Bulgarien, die aufgrund der guten makroökonomischen Stabilitätspolitik von der Krise nicht so hart getroffen wurden und bisher kein Abkommen mit dem IWF verhandeln mussten, sind die verschiedenen EU-Strukturfonds (13 Mrd. Euro bis 2013 für Bulgarien) die erhoffte Notbremse, der Rettungsanker, der die ausgefallenen Investitionen und Finanzierungsmöglichkeiten zumindest zum Teil ausgleichen kann. Für den Westbalkan wären die mit den Assoziierungsabkommen bzw. Beitrittsverhandlungen verbundenen Vorbeitrittshilfen ein vergleichbarer Anreiz. Die regionale Kooperation bleibt leider auch in der Krise ein „Non-Thema“, immer wieder von der EU und auch deutschen Politikern angemahnt bzw. als ökonomisch sinnvoll angepriesen, doch in den Ländern der Region, bis auf Lippenbekenntnisse gegenüber den „Europäern“, eher ganz unten auf der politischen Prioritätenliste.

Soweit meine Ausführungen zu den vier zugrunde gelegten Thesen. Ich möchte aber nicht versäumen, einen Aspekt auszuführen, der m. E. tatsächlich eine signifikante Auswirkung der Krise auf die innenpolitischen Konstellationen der Länder haben könnte. Wer meinen Artikel zur Krise in Bulgarien kennt, weiß schon, worauf ich hinaus will. Und wer die politische Kultur der Region kennt, wer aus der Praxis weiß, wie dort verteilungsrelevante Entscheidungen fallen, wer die hohe Bedeutung von Reziprozität und traditionellen oder neuen und leider oft korruptiven Netzwerken in der Region einzuschätzen weiß, wird mir vielleicht zustimmen.

Die politische Kultur in Bulgarien und der Region ist nicht dieselbe wie in den „entwickelten“ westeuropäischen Demokratien. Dafür gibt es eindeutige sozio-historische Ursachen und bis heute geltende Bestimmungsfaktoren<sup>9</sup>. Es sind die eher archaischen Systeme parochialer Loyalitäten und Clan-Systeme, die sozialen Normen der Reziprozität und die autoritären Hierarchiestrukturen der patriarchalen Machteliten, die sich zu den heutigen, „modernen“ Strukturen der Macht weiterentwickelt haben – und dennoch letztlich mit den alten Instrumenten funktionieren, also der Verfügungsgewalt über Ressourcen und vor allem der Hoheit über deren Verteilung. Und wenn es nicht anders geht, greift man eben noch auf Mittel wie Drohung, Gewalt, Sippenhaft; und Einschüchterung zurück. So manche „korrupte“ Entscheidung eines Richters erfolgt nicht aufgrund finanzieller Beeinflussung, sondern aus Angst vor der angedrohten Vergeltung an der Person und seiner ganzen Familie.

D. h., obwohl politische Parteien, zumindest die meisten, in ihren Programmen alle Bürger ansprechen, obwohl Gesetze für alle gelten, Verfahrensregeln (z.B. öffentliche Ausschreibungen) Chancengleichheit gewährleisten, die sozialen Sicherungssysteme universelle Ansprüche begründen **sollten**, werden **de facto** Zugang, Nutzung und Verteilung dieser Rechte und Ansprüche oft partikular bestimmt.

Wieder ziehe ich meine Erfahrungen aus Bulgarien heran<sup>10</sup>: Lokale „Businessmen“ sichern sich Aufträge durch ihre Kontrolle von Behörden und Parteien. Der Vorsitzende der Bewegung für Rechte und Freiheit“ (DPS), Ahmed Dogan, sagte noch vor den Wahlen in Bulgarien selber, dass er nichts Verwerfliches an dem sogenannten „Ring von Firmen“ findet, die seine Partei unterstützen und im Gegenzug mit Aufträgen versorgt werden. Der größte Skandal vor den nationalen Wahlen in Bulgarien wurde hervorgerufen durch einen Videomitschnitt, auf dem Dogan zu sehen und zu hören war, wie er sich damit brüstete, dass die Parlamentsabgeordneten nichts zu sagen hätten, sondern er die eigentliche Macht sei, weil er bestimme, wohin die Finanzen des Staates fließen. Dogan steht symptomatisch für die Verquickung von wirtschaftlichen und politischen Interessen und für den allzu selbstverständlichen Umgang von vielen bulgarischen Politikern damit – in allen Parteien! In Bulgarien kontrollieren etwa 30 Oligarchen und ihre Clans die gesamte Wirtschaft und Politik. Vor allem auf lokaler Ebene haben sie großen Einfluss. Gruppen von 2-5 Individuen

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu Plamen K. Georgiev, *Corruptive Networks in South East Europe. A Bulgarian Perspektive* und Sonja Schüler, *Zur politischen Kultur im heutigen Bulgarien*, in *Südosteuropa Mitteilungen* 2/2008.

<sup>10</sup> Marc Meinardus, *ibid.* S. 18 f.

oder Familien haben oft nicht nur die Kontrolle über lokale Behörden, sondern auch über Vertreter von Institutionen der Zentralregierung erlangt, über Polizei, Steuerbehörden, Gerichte und Staatsanwälte. Korruptionskanäle sind vor allem die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen. Die rechtliche Verfolgung von Korruption ist sehr gering, in 80% der Verdachtsermittlungen kommt es nie zu Anklagen vor Gericht. 2005 bis 2008 ging die Zahl der Anklagen um mehr als 30% zurück - was aber nichts mit einer Abnahme der Vergehen zu tun hat!

Die globale Krise könnte zu einem weiteren Boom der bulgarischen „Korruptionswirtschaft“ führen. Gerade weil die Investitionen zurückgehen und der Geldfluss aus dem Ausland versiegt und nun als Gegengewicht die öffentlichen Ausgaben und Aufträge wachsen sollen, steigt auch der „Korruptionsdruck“, in den an der Vergabe beteiligten Institutionen. Und dazu kommen dann noch die Milliarden aus den EU-Fonds!

Es ist eine „Win-Win“ Situation für die korruptiven Netzwerke in Politik und Wirtschaft. Der Politiker erhöht seine Popularität, weil er verteilen kann, seine Unternehmenspartner gewinnen lukrative Aufträge und sind im Gegenzug wieder großzügig gegenüber dem Politiker bzw. seiner Partei. Wer als Politiker und Unternehmer nicht zu den Netzwerken gehört, wird vermutlich leer ausgehen. So hat das politische System in Bulgarien zumindest seit der Wende funktioniert. Egal wer regiert hat – und die demokratischen Wahlen haben sehr unterschiedliche Parteien und Koalitionen an die Macht gebracht – alle Regierungen haben ihre Macht nach diesen Prinzipien organisiert und die öffentlichen Ressourcen hemmungslos zur eigenen Bereicherung ausgeweidet. Die Wahlen vom Juli haben wieder zu einem Regierungswechsel geführt. Die bis dato regierende Koalition war – zu Recht – als hochgradig korrupt bei der Bevölkerung verhasst. Was wir derzeit bei den Umbesetzungen in den Ministerien, Staatagenturen, der Justiz etc. feststellen können, sieht mir jedoch bislang noch nicht wie ein Beginn der von der Europäischen Kommission verlangten und von den Bürgern erhoffte Strukturreformen aus, sondern gleicht eher der üblichen Neuzuweisung der Zugriffsrechte auf die staatlichen Ressourcen. So mancher Oligarch, der vorher Boiko Borissov beschimpft hat, huldigt heute dem neuen Meister in höchsten Tönen.

Ich will diesen Punkt abschließend noch weiter zuspitzen: <sup>11</sup> „Steve Hanke, Professor an der John Hopkins Universität in Baltimore, USA und „Vater“ des bulgarischen

---

<sup>11</sup> Marc Meinardus, *ibid.* S. 21.

Währungsrates konstatierte am 5. November 2008 auf dem 10. Wirtschaftsforum für Südosteuropa in Sofia apodiktisch: ‚Die Party ist vorbei‘ und ‚was wir bisher gesehen haben, wird sich in absehbarer Zukunft nicht wiederholen‘. Gemeint war natürlich die große internationale „Party“ der Finanzjongleure. Das zynische Echo der korrupten Eliten aus Bulgarien könnte nun sein: ‚Dann feiern wir eben zu Hause weiter‘. Gerade jetzt in der Krise rücken sie näher zusammen, schließen ihre exklusiven Zirkel und verteilen den Kuchen unter sich.“

Ich kann diese These – „die Krise erhöht die Korruption bzw. den Korruptionsdruck in den Ländern der Region“ – nur für Bulgarien aufgrund meiner aktuellen Arbeit so pointiert begründen. Aber mit meiner Erfahrung von früher – ich war 1985-98 auch für den Westbalkan zuständig – und weil ich natürlich interessiert verfolge, was in den Nachbarländern passiert, sagt mir mein politischer Instinkt, dass ich damit vermutlich auch nicht so weit von der Realität in den anderen Ländern der Region liege.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und hoffe, dass ich mit meinem Beitrag eine interessante Diskussion befeuern konnte.